

Citation style

Pehnke, Andreas: Rezension über: Michael Hecker / Karl-Ulrich Meyn / Karl-Heinz Spiess, Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Zeiten des Umbruchs. Zeitzeugen erinnern sich, Greifswald: Sardellus Verlagsgesellschaft, 2018, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO), 68 (2019), 4, S. 638-639, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/21ebd64db3d445d0b88e56f1e25637b3>



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Michael Hecker, Ulrich Meyn, Karl-Heinz Spieß: Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Zeiten des Umbruchs. Zeitzeugen erinnern sich. Sardellus Verlagsgesellschaft. Greifswald 2018. 206 S., Ill. ISBN 978-3-9813402-8-0. (€ 19,90.)

Die gesamtgesellschaftlichen Umbrüche im Osten Deutschlands stellten vor drei Dekaden auch die Akteure an den Hochschulen und Universitäten vor enorme Herausforderungen. Hier kommen drei Zeitzeugen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zu Wort: Im Zentrum steht der Mikrobiologe Michael Hecker, der als Pfarrerssohn 1965 sein Biologiestudium in Greifswald aufnahm, anschließend promovierte, sodann habilitierte und schließlich 1986 als Professor seine gesamte akademische Karriere an der *alma mater gryphiswaldensis* absolvierte. In den Zeiten des Umbruchs übernahm er als Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät die Verantwortung, um in einem notwendigen Erneuerungsprozess die Weichenstellung zu einer international und an Forschungsexzellenz orientierten Fakultät und Universität überaus engagiert zu befördern. Der Historiker Karl-Heinz Spieß, zuvor in Mainz lehrend, der 1994 auf eine der Gründungsprofessuren in der Philosophischen Fakultät berufen wurde, ergänzt die Edition um seinen Erinnerungsbericht über die Erneuerung des Historischen Instituts im Allgemeinen sowie die der Philosophischen Fakultät im Besonderen, die bekanntlich von den Umbrüchen ganz besonders betroffen war. Und schließlich vervollständigt der Jurist Karl-Ulrich Meyn die Edition, der seinerzeit von der Universität der Greifswalder Partnerstadt Osnabrück aus die Wiedereinrichtung der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät koordinierte, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen worden war.

Der besondere Reiz der Dokumentation ergibt sich aus den in vielfacher Hinsicht unterschiedlichen Zeitzeugenberichten: des „Alteingesessenen“ H., des aus dem Westen hinzu-berufenen S. und des externen Beraters M.

Insgesamt war es für die sehr kleine Greifswalder Universität mit ihrer geografischen Randlage während der DDR-Ära charakteristisch, dass hier(her) wiederholt exzellente Wissenschaftler berufen wurden, die in den Zentren der DDR-Macht wie den Akademien oder den Universitäten der Bezirkshauptstädte nicht zu den parteipolitischen Nomenklaturkadern zählten. Dadurch avancierte sie zu einer Einrichtung, die von staatlicher Einflussnahme relativ wenig betroffen war, in der aber natürlich auch seit 1989 persönliche und fachliche Überprüfungen durch sog. Ehrenkommissionen einsetzten. Im Ergebnis waren die im Vergleich mit anderen ostdeutschen Universitäten relativ moderat durchgeführten Prüfverfahren von einem sehr hohen Anteil an ostdeutscher Selbsterneuerung geprägt. So wurde selbst in der Philosophischen Fakultät auf einen westdeutschen Gründungsdekan verzichtet. Des Weiteren war es überraschend, dass der erste Gründungsprofessor eines zuvor „abgewickelten“ Instituts dieser Fakultät nach bundesweit durchgeführtem Besetzungsverfahren 1993 ein erst 36-Jähriger mit Ost-Biografie wurde. Es gab insgesamt neben großer Zuversicht selbstverständlich auch Hoffnungslosigkeit, Ängste, Depressionen, selbst Suizide.

H.'s Biografie verdeutlicht, dass es sehr wohl zu allen Zeiten in der DDR Handlungsspielräume für „normalwissenschaftliche“ Arbeiten gegeben hat, die „größer waren als vermutet und nicht selten bei schwieriger Ausgangslage dennoch vernünftige, pragmatische Lösungen jenseits der vorgegebenen Doktrin gefunden werden konnten“ (S. 35): „Wir hatten es gelernt, uns im Rahmen dieser Grenzen zurechtzufinden, uns dabei auch Freiräume zu schaffen“ (S. 18). Wie H. es zu leisten vermochte, die Mikrobiologie aus ihrer vormaligen Isolation von der internationalen Gemeinschaft zu befreien und sie – finanziell durch Drittmittel gestärkt – ins vereinigte Deutschland zu führen, nötigt höchsten Respekt ab. Er steht für die ostdeutschen Gewinner der Einheit. Die im Band getroffenen Aussagen zu den Verlierern bleiben leider auffallend allgemein gehalten und entfernen sich durch wenige Beispiele aus der Wirtschaftsregion fast vollständig von der Universität (S. 64 ff.). Schließlich werden wichtige Aspekte gänzlich ausgeblendet, z. B. wurden ostdeutsche Wissenschaftler noch für Jahrzehnte finanziell geringer vergütet als ihre Kollegen aus den alten Bundesländern. Während Gründungsprofessoren die ersten vier Jahre ihrer

Aufbauarbeit doppelt als ruhegehaltstfähige Dienstzeit anerkannt wurden, blieb ostdeutschen Kollegen eine Gleichbehandlung verwehrt.

Die Edition liefert über ihren eigentlichen Schwerpunkt hinaus einen soliden Einblick in die Leistungsfähigkeit der Universität bis in die heutigen Tage. Diese verdienstvolle Publikation hat insgesamt das Interesse an weiteren Zeitzeugenberichten nachdrücklich geweckt.

Greifswald

Andreas Pehnke

Rethinking Open Society. New Enemies and New Opportunities. Hrsg. von Michael Ignatieff und Stefan Roch. Central European University Press. Budapest 2018. 310 S. 978-963-386-270-4. (€ 27,95.)

Auf den Kontext kommt es an. Dies gilt besonders für den vorliegenden Sammelband. Dessen Mithrsg. Michael Ignatieff ist Präsident der Central European University (CEU), an der 2017/18 die Vortragsreihe stattfand, auf deren Grundlage dieses Buch entstanden ist. Keine vier Monate nach deren Auftakt erhielten die Diskussionen eine neue Dringlichkeit: Im April 2017 entzog das ungarische Parlament der Universität die rechtliche Existenzgrundlage. Radikaler hätte ein Angriff auf deren „Open Society mission“, wie Mithrsg. Stefan Roch deklariert, nicht aussehen können.

Entsprechend den Prinzipien einer aus freien, rational denkenden Bürgern bestehenden offenen Gesellschaft ist der Band, zu dem 17 Autoren und 6 Autorinnen beigetragen haben, als zivilisierter Dialog zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher politischer Überzeugungen gestaltet. Die fünfteilige Gliederung dient vage der Orientierung. In der Einleitung erläutert Ignatieff Entstehung und Entwicklung des Konzepts der offenen Gesellschaft von Karl Popper, Hannah Arendt und Isaiah Berlin bis zum Neoliberalismus. Er betont die Rolle liberaler Institutionen beim Schutz individueller Rechte und Freiheiten, und die Pflichten des Individuums gegenüber der Gesellschaft. Der Universitätspräsident – und ehemalige Vorsitzende der Liberalen Partei Kanadas – stellt den Autor/inn/en nicht nur die Aufgabe, die gegenwärtigen Feinde einer offenen Gesellschaft zu identifizieren, sondern auch die Frage, ob dieses Konzept noch Antworten auf heutige Herausforderungen zu bieten habe.

Inhaltlich wechseln sich Beiträge, die sich mit den „illiberalen“ Demokratien und den derzeitigen Erfolgen „populistischer“ Parteien und Politiker auseinandersetzen, mit eher geostrategischen Erläuterungen (z. B. von Robert D. Kaplan, Stephen M. Walt, Daniela Schwarzer) und klassischen Debatten über den Liberalismus und die offene Gesellschaft (z. B. von Tim Crane, Anne Applebaum) ab. Zu Letzteren gehört die Konversation zwischen Ignatieff und dem Amerikaner Mark Lilla, der nur bedingt an eine offene Gesellschaft glaubt. In ähnlicher Weise hält auch der britische Konservative Roger Scruton offene, auf Diversität angelegte Gesellschaften langfristig nicht für lebensfähig. Politische Gemeinschaft funktionieren nur aus einem „Wir-Gefühl“ heraus, das eben aus Zugehörigkeit zu Land, Sprache, Sitten und gegenseitigem Vertrauen erwachse.

Einer der eindringlichsten Beiträge stammt von dem Rechtsphilosophen János Kis, der insistiert, man müsse nicht die „offene Gesellschaft“, sondern unser Verständnis von „Demokratie“ überdenken. Den von Viktor Orbán geprägten Begriff der „illiberalen Demokratie“ zu übernehmen, sei irreführend, da er die demokratischen Defizite seiner Machtausübung verschleierte. Ähnlich argumentiert der ehemalige Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte András Sajó in seiner scharfzüngigen Verteidigung des „Constitutionalism“ – einer auf liberalen Institutionen und Rechtsstaatsprinzipien beruhenden Staatsführung. Verfassungsänderungen sollten wie in Norwegen oder Dänemark mehr Kontrollen durchlaufen und so zum möglichen politischen Risiko für die jeweiligen Initiatoren werden und nicht der Konsolidierung ihrer Macht dienen. So würden Willkür, Eigennutz, die Tyrannei der Mehrheit und die inhärente Fähigkeit der Demokratien, sich selbst zu zerstören, unterbunden. Auch Pierre Rosanvallon fordert, Demokratie neu zu kon-